

EINWOHNERRAT

Protokoll

Der 37. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 11. November 2015
 Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
 Sitzungsdauer: 18:00 - 21:15 Uhr

Präsenz
 Einwohnerrat: Vorsitz Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin Einwohnerrat
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
 Christoph Morat
 Franziska Pausa
 Franz Vogt
 Robert Vogt
 Arnold Julier
 Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter
 Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Markus Gruber, Matthias Häuptli, Jürg Vogt

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 35 Anwesende = 24
 18.35 Uhr, 36 Anwesende = 24
 19.45 Uhr, 37 Anwesende = 25

Bereinigte Traktandenliste

Fix 18.00 Uhr: Kurzpräsentation der Basler Verkehrsbetriebe „Gleissanierung Baslerstrasse“

anschliessend Präsentation „Zwischenstand Schulanlage Gartenhof inkl. Umgebung“

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen**, anstelle des zurückgetretenen Mario Elser, EVP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
 Wahlvorschlag: Christoph Ruckstuhl Geschäft 4251
 2. Bericht des Gemeinderats vom 21.10.2015, zum Postulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 10.09.2013, betreffend **Anpassung der Richtlinien des Einwohnerrats über die Plakatierung vom 26. Februar 2003**, 1. Lesung (mit Antrag auf nur eine Lesung)
 Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4153 / A
-

3. Bericht des Gemeinderates vom 21.10.2015, zur Motion von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 12.01.2015, betreffend **Meilensteinplanung für den Lindenplatz**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4224 / A
4. Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 19.05.2015, betreffend **Integrationskonzept**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4240 / A

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 37 vom 11. November 2015

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Pascale Uccella-Klauser

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich begrüsse alle zur Novembersitzung. Speziell begrüsse ich die Gäste der BVB, Frau Demel und Herr Oppikofer. Ich begrüsse Herrn Johner auch speziell.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Ich habe noch eine Mitteilung bezüglich der Budgetpostulate. Diese müssen heute bei mir abgegeben werden. Der gemischte Chor Frohsinn Allschwil lädt den Einwohnerrat ein an die 121-Jahresfeier am Samstag, 21. November im Pfarreisaal der römisch-katholischen Kirche St. Peter und Paul um 18.00 Uhr. Ich habe hier Einladungen, diese können Sie bei mir holen.
Zur Erinnerung. Am Samstag, 21. November um 10.00 Uhr ist Baustellenbesichtigung Gartenhof Allschwil. Dies geht an alle Mitglieder des Einwohnerrates und an die Mitglieder Konsultativkommission.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es freut mich ausserordentlich, dass Ramon Oppikofer, stellvertretender Leiter Infrastruktur von der BVB, und Claudia Demel, Leiterin Public Affairs, sich bereit erklärt haben, heute an der Einwohnerratssitzung eine Kurzpräsentation über den Zustand unserer Tramgleise der Nummer 6 und über die anstehenden Sanierungsarbeiten zu halten. Es ist ein wichtiges Thema, das Sie alle bestens kennen. Die Baslerstrasse hätte gesamt saniert werden sollen mit Beginn im 2015. Dieses Projekt wurde unter anderem wegen dem Gleichstellungsgesetz, der Sicherheit des Langsamverkehrs etc. in Angriff genommen. Und ganz wichtig, deswegen wollte man das Thema seitens Kanton in Angriff nehmen, weisen die Tramgleise an gewissen Stellen sehr schlechte Zustände aus. Die Umgestaltung der Baslerstrasse ist nicht nur ein Sicherheitsthema, sondern auch ein finanzielles Thema. Der Regierungsrat hat im Rahmen seiner Sparmassnahmen, ich nenne es jetzt so, obwohl es damals noch nicht offiziell so war, die Gesamtumgestaltung herausgeschoben bis ins Jahr 2019. Böse Zungen behaupten, dass es jetzt nochmals herausgeschoben wird. Ich möchte diesen Entscheid hier nicht kommentieren. Mir ist es wichtig, dass Sie aus erster Hand informiert werden über die anstehenden Arbeiten, welche effektiv in Angriff genommen werden müssen. Der Zustand der Gleise ist an einzelnen Stellen derart prekär, sodass wir effektiv etwas machen müssen. Ich möchte nicht das Wort Verlustinvestition nennen, aber Sie werden das nachher nochmals hören. Mir ist es auch wichtig, dass vor allem diejenigen Einwohnerräte und Einwohnerrätin ganz gut zuhören, welche auch im Landrat ein Mandat haben. Ich bitte Sie ganz genau die Ohren zu spitzen und zu hören, was uns Herr Oppikofer erzählt. Es werden einige Entscheide im Landrat anstehen, zu welchen wir hier drin nicht so viel zu sagen haben.

[Kurzpräsentation der Basler Verkehrsbetriebe "Gleissanierung Baslerstrasse"]

[Präsentation "Zwischenstand Schulanlage Gartenhof inkl. Umgebung"]

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Mir liegen zwei dringliche Interpellationen vor, Sie sind bei Ihnen aufgelegt. Wir kommen zur ersten dringlichen Interpellation von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, Geschäft 4253.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich spreche jetzt nur zur Dringlichkeit, da wir nachher abstimmen und zwei Drittel für die Dringlichkeit sein müssen, damit wir das Geschäft dringlich behandeln. Politisch dringend sind Angelegenheiten, wo der Inhalt brisant ist und welche zeitliche nahe erledigt werden sollen und die Zusammenarbeit verbessern sollen. Wie ich in der Interpellation geschrieben habe, ist das Thema „Prüfung einer Auslagerung“ sicher brisant. Es geht um Menschen und ihre Arbeit und nicht um Sachangelegenheiten. Wenn sich die FDP-Fraktion diesem Thema widmet, habe ich grundsätzlich nichts dagegen. Wenn die Verwaltung einseitig aufgeboten wird, ohne politischen Auftrag und ohne Wissen der anderen politischen Vertretungen, dann ist das nicht förderlich für die Zusammenarbeit, sowohl im Parlament als auch im Gemeinderat. Ebenso, und das ist die zweite Interpellation, von der ich nichts wusste, ist zu erwähnen, dass die FDP-Fraktion anonyme Umfragen in die Welt setzt. Die zwei Beispiele, Auslagerung und anonyme Umfrage, beides wurde verdeckt durch die gleiche Fraktion durchgeführt, sind für mich ein Nogo in der politischen Zusammenarbeit und darum öffentlich zu machen. Es ist wichtig heute zu hören, wie sich der Gemeinderat zu diesem Thema stellt.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Der Gemeinderat hat gesagt, dass sie froh wären, wenn wir die Dringlichkeit annehmen. Wir stimmen über die Dringlichkeit ab.

://:

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen. Wir besprechen dies dann nach der Pause.

Wir kommen zur zweiten dringlichen Interpellation von der CVP, Rolf Adam, Geschäft 4256.

Rolf Adam, CVP-Fraktion: Ich muss nicht mehr dazu sagen, der Inhalt ist klar. Es wurde von meinem Vorredner bereits gesagt und ich bitte um Dringlichkeit.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Der Gemeinderat ist für die Dringlichkeit, wir stimmen darüber ab.

://:

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zu den übrigen Vorstössen. Es gibt eine Interpellation von der SP-Fraktion, Andreas Bammatter, Geschäft 4254. Die Traktandenliste wurde rechtzeitig versendet. Gibt es einen Änderungsantrag zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall, wir starten somit mit Traktandum 1.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, anstelle des zurückgetretenen Mario Elser, EVP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)
Wahlvorschlag: Christoph Ruckstuhl, Geschäft 4251

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Gibt es noch andere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist nicht der Fall.

://:

Christoph Ruckstuhl ist somit in stiller Wahl gewählt.

PAUSE

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich habe die Gemeinderäte gefragt, es gibt beim Info-Fenster heute nichts. Wir kommen somit jetzt zur dringlichen Interpellation von Herrn Bammatter, Geschäft 4253, Ausgliederung unseres Werkhofs.

Robert Vogt, Gemeinderat: Es wurden ein paar Fragen von Andreas Bammatter in einer Interpellation eingereicht. Ich beantworte die Fragen gerne. Zuerst geht es darum, ob der Gemeinderat informiert ist über das Engagement von Referenten der Gemeinde in Fraktionen. Die Durchführung eines Referats ist mit der Gemeindepräsidentin, dem Gemeindeverwalter und mir abgesprochen. Aufgrund der vertieften Kenntnisse haben wir in diesem Stadium den Hauptabteilungsleiter Andres Linder beigezogen, um ein Referat in der Fraktion zu halten. Das ist nicht ungewöhnlich. Verschiedene Fraktionen haben uns angefragt und wir haben zu vielen Themen gesprochen, Parkraumbewirtschaftung, Schulhaus Neubau, Budget. Deswegen finde ich das ganz normal. Mit diesem Vorgehen möchten wir Transparenz schaffen und Informationen schnell in den Einwohnerrat bringen. Bei dieser Gelegenheit muss ich sagen, dass es von Seiten Tiefbau-Umwelt keine Bestrebungen gibt, den Werkhof auszulagern. Diese Idee kam aus der Fraktion. Darum die zweite Frage, woher ein Mitarbeiter die Legitimation hat, dieses Thema vorzustellen. Es geht nicht um das Thema Auslagerung, sondern die Verwaltung hat das Thema präsentiert, was der Werkhof macht, also das Profil dargestellt. Das wurde selbstverständlich neutral gehalten und hatte keine politische Message drin.

Die dritte Frage. Die Vorbereitungen und Auswertung sind in der Geschäftszeit erfolgt. Die vierte Frage, welche das gleiche fragt bezüglich Arbeitsrapport-Deklaration. Das Referat in der Fraktion wurde selbstverständlich auch als Arbeitszeit erfasst.

Fünfte Frage: Weshalb sind nicht alle Fraktionen über diese wichtigen einschneidenden personellen Veränderungen informiert worden. Dazu gab es überhaupt keinen Anlass, denn von Seiten des Gemeinderates oder seitens der Gemeinde gibt es keine einschneidenden Massnahmen. .

Sechste Frage: Wie erhalten die anderen Fraktionen die Informationen dieses Referats, welches bisher nur die Fraktion der FDP hat. Der Inhalt hat sich auf eine Präsentation eines dritten Consulting-Büros bezogen, welches die FDP gestellt hat. Die FDP hatte dies einmalig und Sie kennen die Präsentation

nicht, insofern macht es keinen Sinn, wenn Sie die Antwort auf die Präsentation erhalten. Wenn Sie in den Fraktionen Fragen haben zu Tiefbau und Umwelt, dann möchte ich dies gerne bei Ihnen auch einbringen.

Siebte Frage: Welche Arbeitgeber-Haltung hat der Gemeinderat bezüglich seiner Angestellten? Das ist klar, wir planen weder einen Abbau noch eine Auslagerung des Werkhofs, deswegen gibt es keinen Grund darüber nicht zu referieren, was der Werkhof macht.

Achte Frage: Welche Zeichen setzen wir als Politiker als grösste Gemeinde im Baselbiet mit diesen Aktionen? Diese Fragestellung verstehe ich nicht richtig, weil es hier nicht um eine Aktion geht, sondern wir berichten nur über die Tätigkeit des Werkhofs.

Neuntens: Was unternimmt der Gemeinderat, damit das Rollenbewusstsein gestärkt wird und solche unschöne Vorfälle nicht mehr vorkommen? Da muss ich darauf hinweisen, dass es ein Referat war über Informationen, wie der Werkhof organisiert ist, welche Dienstleistungen dort erbracht werden und wie der Werkhof in Bezug auf Effizienz dasteht. Dass wir von einer Auslagerung abraten, ist dort klar hervorgegangen. Die Weitergabe von solchen Informationen liegt in der Kompetenz des Departements, deswegen bin ich der Meinung, dass wir hier korrekt gehandelt haben.

Lassen Sie mich eine persönliche Bemerkung machen. Wenn jetzt eine Interpellation kommt, dann wird das öffentlich. Ich finde es nicht gut, wenn Sie es dort darstellen, wie wenn ich den Werkhof auslagern möchte. Das ist nicht der Fall. Da möchte ich hier um Klarstellung bitten.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich wurde auch angesprochen in dieser Interpellation. Andreas Bammatter schreibt, dass die Vermischung der Rollen von Politik und Verwaltung ein absolutes Nogo ist und dies müsse durch Gemeindepräsidium und Gemeindeverwaltung unter allen Umständen verhindert werden. Ausserordentliche Themen verlangen nach besonderen Verfahren. Hier haben wir ein ausserordentliches Thema. Die Diskussion wurde innerhalb der FDP-Fraktion geführt, ob es allenfalls richtig wäre, den Werkhof auszulagern. Man kann diese politische Diskussion führen, man darf sich darüber Gedanken machen, vor allem in einer Zeit, wo unsere Finanzlage nicht die beste ist. Ich als Präsidentin und Robi Vogt als Vorsteher des Departements Tiefbau-Umwelt sind klar der Meinung, dass dies der absolut falsche Weg ist. Der Gemeinderat ist auch diese Meinung. Es ist wichtig, dass Leute, die sich solche Gedanken machen, eine umfassende Information über dieses Thema erhalten. Diese Informationen kann am besten Andres Linder, Hauptabteilungsleiter Tiefbau-Umwelt geben. So wie wir vorher eine Präsentation über das neue Schulhaus von Jürgen Johner hatten, wo wir aus erster Hand informiert wurden. Ich weiss, jetzt sagst du Andi, dass dies eine Information an alle war und das andere war eine Information an wenige. Das nehme ich heute zur Kenntnis. Ich war damals der Meinung, dass es richtig ist, dass man auch im kleinen Kreis informiert. Information muss nicht aufhören. Man muss sich nicht die Frage stellen, ob es nur richtig ist, wenn es an alle geht. Wichtig ist, dass man informiert und dass man die Fragen beantworten kann. Es wurde dort keine politische Arbeit gemacht. Dafür ist Robi Vogt zuständig und ich bin überzeugt, dass er dies gemacht hat. Informieren heisst Transparenz schaffen. Das wurde mehrfach hier drin verlangt. Ich bin 100% davon überzeugt, dass es richtig war. Der Gesamt-Gemeinderat ist, denke ich, auch dieser Meinung. Wenn ich höre, dass dies nicht der Wille ist, dass man dies macht, dann wird das der Verwalter sicher so umsetzen, davon bin ich überzeugt. Ich glaube nicht, dass dies für die zukünftige Zusammenarbeit das Richtige ist. Richtig ist, wenn man angegangen wird, egal ob das ein Einwohnerrat ist oder ein sonstiger Einwohner, dass man die Fragen fachlich und kompetent beantwortet. Dafür ist die Verwaltung zuständig.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Danke für die Beantwortung der Interpellation und die Ergänzungen der Gemeindepräsidentin. Es zeigt sich, dass wir hier verschiedene Ansichten haben. Wir haben es besprochen, aber es ist mir sehr wichtig. Eine einzelne Fraktion hat ein Thema und anscheinend noch eine Consulting-Firma zugezogen. Es geht um viele Menschen und es geht nicht um Sachgeschäfte. Es ist ein brisantes Thema, das an die Öffentlichkeit gehört. Ich meine, dass mindestens die Fraktionspräsidien informiert werden sollen, dass in diese Richtung etwas geht. Es geht mir nicht darum, dass wir den Werkhof aufscheuchen. Es geht mir auch nicht darum, dass Andres Linder, als Hauptabteilungsleiter hier durch den Dreck gezogen wird, weil er einen Auftrag erhalten hat. Mir ist es wichtig, dass Politik und Verwaltung dann zusammenarbeiten, wenn es nötig ist und sonst eigene Rollen und Aufgaben haben. Das wurde hier meiner Ansicht nach vermischt. Wir haben heute Abend gehört, wie Herr Johner uns informiert hat. Das haben alle gehört, weil es eine wichtige Angelegenheit ist. Wir müssen dies zusammen besprechen und nicht erst, wenn ein Vorstoss da ist. Es gibt das Instrument der kleinen Anfrage und andere Möglichkeiten. Ich habe direkt mit der Geschäftsleiterin der FDP gesprochen und sie hat mir gesagt, dass es auf ihrem Mist gewachsen ist und sie hat mir noch zwei drei andere Details gesagt. In der gleichen Woche, das kommt halt jetzt noch dazu, kommt nochmals eine verdeckte Aktion der FDP, was mich dazu bewogen hat, dies öffentlich zu machen. So möchte ich nicht miteinander politisieren. Man kann auch einmal mit den Parteipräsidenten zusammensitzen und etwas hinten durch

machen. Aber wenn man es einzeln als Fraktion hinten durch macht, dann finde ich das nicht in Ordnung. Und dann schaue ich noch mehr in die Vergangenheit, damals war ich im Ausland. Im Allschwiler Wochenblatt war ein sogenannter Observer, der sich ständig um Sachen gekümmert hat, ohne seinen Namen herzugeben.

Es geht mir hier nicht um die Verwaltung. Es geht um den Gemeindeverwalter und die Gemeindepräsidentin, die mit ihrem Fingerspitzengefühl herausfinden müssen, wen sie für solche Einsätze einsetzen sollen. Ich verlange Diskussion, damit auch andere sich dazu äussern können.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Am Anfang als ich die dringliche Interpellation gelesen habe, haben sich bei mir auch Alarmglocken bemerkbar gemacht. Ich bin insofern beruhigt, dass es für den Gemeinderat ganz offensichtlich kein Thema ist, den Werkhof auszugliedern. Das wäre für mich ein falscher Weg. Ich weiss jetzt nicht genau, was an der Fraktionssitzung der FDP referiert wurde. Wenn es nur eine Idee war ohne konkrete Pläne, dann muss man es vielleicht nicht so heiss essen, wie es gekocht wurde. Für mich ist wichtig, dass die Ausgliederung des Werkhofs kein Thema ist. Wenn man dies parteiintern diskutiert hat, dann ist es halt so. Aber wir können hier die Kirche jetzt auch im Dorf lassen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte gerne im Namen der FDP-Fraktion Stellung nehmen zu unserem Vorgehen bei diesem Thema. Wir waren nicht im Stadium, dass wir einen politischen Vorstoss hatten, sondern uns ging es um die Meinungsbildung in der Fraktion. Das war in der Zeit, wo wir die generelle Leistungsüberprüfung hatten. In der Fraktion haben wir gesagt, dass wir ohne jegliches Tabu die Jahresrechnung anschauen. In dieser Diskussion war die Frage auf dem Tisch, was eine Auslagerung des Werkhofs für Allschwil bedeuten würde. Wir sind selber erschrocken, als wir bemerkt haben, welche Frage auf dem Tisch liegt. Skepsis in der Fraktion war gross, um da weiter darüber zu sprechen. Wir waren der Meinung, dass wir uns darauf geeinigt haben, dass es keine Tabus gibt, also müssen wir auch dieses heisse und hochsensible Eisen anfassen. Wir haben uns durch einen Fachmann, der in der Schweiz mehrfach Werkhöfe ausgelagert hat, informieren lassen. Wir fanden das gut und Recht, aber man kann dies nicht einfach auf eine andere Gemeinde übernehmen. Das hat uns also eigentlich nichts gebracht. Wir wollten diese allgemeinen Informationen, die wir dort erhalten haben, auf Allschwil übersetzen. Wir sind dann über den Departementsvorsteher zum Hauptabteilungsleiter gekommen, und wir haben ihm die Präsentation des Fachmanns zur Verfügung gestellt, mit der Bitte uns zu beantworten, was dies für Allschwil bedeuten würde. Danach haben wir das Angebot erhalten, dass wir die Antworten in Form eines Referats erhalten. Für uns war es von Anfang an klar, dass dies im engsten Kreis der Fraktion, anders als bei uns üblich ohne die Nachrückenden, besprochen wird. Es ist ein sehr sensibles Thema, es geht um Stellen. Und jedes eigene Fraktionsmitglied hatte seine eigene Meinung noch nicht gemacht, geschweige denn eine Fraktionsmeinung. Bereits im Anschluss an das Referat von Herrn Linder war die einstimmige Fraktionsmeinung ganz klar. Eine Auslagerung des Werkhofs in Allschwil kommt für uns nicht in Frage. Wir haben bei diesem Thema einen grossen Budgetposten angeschaut und können mit gutem Gewissen jetzt sagen, dass das Geld dort richtig investiert ist. Uns ist es wichtig, dass wir damals noch nicht so weit waren, um rauszugehen. Wir mussten zuerst selber wissen, um was es geht. Wir haben festgestellt, dass die Idee blöd ist und wir sind überzeugt davon, dass der Werkhof eine Gemeindeaufgabe ist und bleiben soll.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Ich möchte mich der Vorrednerin Katrin Gürtler vollumfänglich anschliessen. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit einen Samstagvormittag mit der Gemeindeverwaltung zusammen verbraucht. Es ging um WOV. Es kam heraus, dass es ein Hin und Her gibt. Die einen sagen, dass es nicht transparent sei, die anderen haben gesagt, dass man nicht weiss, was wir wollen. Andres Linder hat einen Beitrag dazu gebracht, diese Blackbox zu erhellen. Bevor wir überhaupt so weit waren, um einen Vorstoss zu machen, haben wir gründliche Abklärungen getroffen, um auch parteiintern hartnäckigen Vorstössen zu begegnen. Wir waren in der Fraktion selber auch skeptisch. Dadurch wir jetzt so gut informiert wurden durch das Tiefbauamt, kann man jetzt auch besser reagieren.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Man muss das Ganze von zwei Seiten anschauen. Es ist sicher richtig, dass man über heisse Themen diskutiert, dafür sind die Parteien da, damit sie sich an diese Themen heranwagen. Bei explizit wichtigen Themen, wo man kein detailliertes Wissen hat, muss man sich diese Informationen von aussen holen. Man muss aber auch mehr bedenken, da stimme ich Andi Bammatter ein bisschen zu. Sehr oft waren Leute der Gemeindeverwaltung oder des Gemeinderates in Fraktionssitzungen. Das waren aber immer Themen, die bereits beschlossen wurden oder als Geschäft bereits existierten, zum Beispiel das neue Schulhaus oder die Tageskindergärten. Das ist ein Unterschied. Wir haben gehört, dass die Gemeindepräsidentin und der zuständige Departements Chef

davon wissen. Das sind zwei Mitglieder der gleichen Partei. Ich möchte wissen, welche anderen Gemeinderäte darüber explizit informiert wurden. Das sind Kommunikationsprobleme, die so nicht sein müssten. Drittens, und das ist ein heikler Punkt, ich nehme an, dass der externe Berater von der FDP selber bezahlt wurde. Wir haben von einer Präsentation gesprochen. In der Regel braucht eine Präsentation Vorbereitungszeit. Das heisst, dass der Departements Chef vorbereitende Zeit in Anspruch nehmen musste, um das auszuarbeiten. Wenn man das richtig macht, ist es zeitaufwändig. Dort nimmt mich wunder, wie viele Mitarbeiter schlussendlich für die Präsentation beschäftigt waren. Wie viel Zeit hat das auf der Gemeindeverwaltung gekostet und wie viel wurde für diese Präsentation ausgegeben. Das sind die Knackpunkte. Wenn man so etwas Grosses macht, dann kommt man zum Schluss, dass alle informiert werden müssen. Wenn man nur eine viertel Stunde dazu kommt für etwas Informatives, dann ist das etwas ganz anderes. Das finde ich hier den heikelsten Punkt.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe zwei Punkte. Erstens hat mich die Interpellation auf ganz falsche Gedanken gebracht. Ich bin sehr froh und beruhigt über die präzise und glaubwürdige sowie gut nachvollziehbare Antwort des Gemeinderates. Zweitens die Diskussionskultur. Ich hatte schon mehrfach das Gefühl, dass in diesem Einwohnerrat die Diskussion nicht gewünscht ist. Es ist auch nicht gewünscht, dass man Fragen stellt, vor allem keine kritischen. In diesem Zusammenhang finde ich es gut, wenn wir diese Diskussion führen wie heute, offen, kritisch, gegensätzlich und letztlich klärend.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir finden es absolut legitim, dass sich eine Partei intern Gedanken macht über mögliche Reorganisationen, auch über Privatisierungen des Verwaltungsbereichs. Natürlich kann man politisch völlig unterschiedlicher Meinung sein über den Sinn dieser Übung. Wir finden es problematisch, wenn die Gemeindeverwaltung auf Kosten der Steuerzahler ein Referat ausarbeitet für nur eine Fraktion. Da setzt man sich dem Verdacht der Parteilichkeit aus. Wir würden es begrüssen, wenn es dieses Referat schriftlich gibt, man dies den anderen Fraktionen und Parteien zur Verfügung stellen kann. Wir möchten das Ganze hier aber nicht aufbauschen. Man merkt, dass wir auf die Wahlen zugehen und die Stimmung wird etwas gehässiger, das ist normal.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich möchte Jérôme Recht geben, ich weiss nicht, ob hier etwas unnötig aufgeblasen wird. Wir hatten in der Fraktion auch schon einmal jemanden eingeladen für Informationen. Zum Beispiel bei der Budgetberatung, wo man etwas in Frage stellt, aber man zu wenig weiss über die Institution. Dann ist es doch erlaubt, dass man jemanden holt, der einem sagt, was da läuft. Und dann merkt man, dass es vielleicht eine blöde Idee war. Ich finde es unnötig, dies hier so breit zu schlagen.

Roland Naef, fraktionslos: Es ist gut, dass wir darüber gesprochen haben. Ich finde das Ganze nicht so tragisch. Als ich gelesen habe, was mein Schwager geschrieben hat, fand ich auch, dass es viel schlimmer sei, als es in Wirklichkeit nun ist. Jede Partei und Fraktion soll das Recht haben, wenn sie das Gefühl hat, dass man in der Gemeinde etwas ändern oder einsparen kann, die entsprechenden Fachleute zu holen. Ich fände es viel schlimmer, wenn wir bei der Budgetdiskussion hier drin darüber diskutiert hätten und keiner wüsste, um was es geht. Es ist eine Frage des Umgangs miteinander, aber ich finde das nicht so tragisch. Die paar hundert Franken, die das gekostet hat, kriegen wir noch im Schulhausbudget unter. Meiner Meinung nach ist das Ganze ein bisschen zu fest aufgeblasen. Ich persönlich finde es sogar gut, wenn sich eine Fraktion mit den entsprechenden Fachleuten der Gemeinde vorbereitet, bevor sie einen Schnellschuss macht. Die Diskussion soll dazu führen, dass man sich in Zukunft gut erkundigt und darüber nachdenkt, was man hier drin sagt und macht. Dass es jetzt ausgerechnet alles FDP'ler waren, ergibt sich vom Thema. Nachdem was ich von Robi und Nicole gehört habe, finde ich es schade um die Zeit.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Politik ist Informationsbeschaffung, das muss ich Ihnen glaub nicht sagen. Informationsbeschaffung kann man auf verschiedene Art und Weise machen. Es wurden jetzt ein paar Giftpfeile geschossen, wir diskutieren dies in der nächsten Interpellation ja nochmals. Es geht auch um Meinungsbildung. Meinungen soll man aus erster Hand bilden. Wenn man einen Abteilungsleiter der Gemeinde zu einer Meinungsbildung beizieht, dann ist das das Beste, was man machen kann. Nachher kann man die politische Diskussion aktiv führen. Zu den Kosten der Gemeinde. Wir haben einen externen Berater zugezogen, der ein Outsourcing eines Gemeinde Werkhofs mehrfach schon durchgespielt hat. Er hat uns dies aufgezeigt anhand einer Gemeinde und hat uns auch die Rahmenbedingungen gesagt, was gegeben sein muss, damit dies überhaupt gemacht werden kann. Die Rahmenbedingungen sind bei uns

in Allschwil bei Weitem nicht gegeben. Durch die Präsentation, die wir dem Gemeinderat Vogt zur Verfügung gestellt haben, hat Andres Linder etwas gehabt, woraus er Schlüsse ziehen konnte, welche jetzt auch in der weiteren Arbeit mit dem Werkhof eingeflossen sind und nun auch der Gemeinde zugutekommen. Mit dem zusätzlichen Wissen, welches wir hier eingebracht haben mit dem externen Berater ist der Gemeinde und dem Werkhof gedient. Andres Linder kann dies gewinnbringend für die Gemeinde umsetzen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich habe gehört, dass das, was ich anfangs gesagt habe, nämlich dass die Kirche im Dorf stehen bleiben soll, hier mehrheitlich auch so gesehen wird. Zur Präzisierung möchte ich sagen, dass ich es absolut richtig finde, dass Andi Bammatter die Interpellation eingereicht hat. Dank der Antwort des Gemeinderates wissen wir jetzt, dass man die Kirche im Dorf lassen kann.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich bin mit der Antwort des Gemeinderates nicht ganz zufrieden. Ich bin auch, wie mein Vorredner Herr Spiegel, der Meinung, dass es sehr einseitig fraktionsbezogen war. Wir können heute Abend dies nicht schönreden, indem wir sagen, dass wir jemanden von der Gemeindeverwaltung gefragt haben und dann kam dieser in die Fraktionssitzung und hat uns etwas erklärt. Hier wurde gearbeitet und recherchiert. Und das ist mehr als das, wie wir es uns hier gewohnt sind. Ich freue mich, wenn die Frage von Herrn Spiegel beantwortet wird, nämlich ob die übrigen Gemeinderäte auch informiert wurden. Wenn dies nicht so ist, dann hätte ich eine Zusatzfrage und möchte wissen, weshalb nicht. Vielleicht kommen wir dann auf das parteiinterne Problem zurück.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Diese Frage, welche Florian Spiegel gestellt hat, könnte zuerst beantwortet werden. War der Gemeinderat informiert, war das parteiintern zufällig oder nicht?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich kann diese Frage beantworten, auch wenn sie bezüglich des Ergebnisses für mich oder Robi nicht ganz so gut ist. Das Geschäft war ein rein operatives Geschäft, das behandelt wurde wie viele tausend andere Geschäfte, die täglich auf der Verwaltung und vom Gemeinderat bearbeitet werden. Für mich war das kein derart gewichtiges Thema, damit ich gesagt hätte, dass wir daraus ein Gemeinderatsgeschäft machen müssen, alle Gemeinderäte informieren und am Schluss den Segen abholen, damit die Verwaltung informiert, von der ich nach wie vor der Meinung bin, dass sie ein Dienstleistungsanbieter ist, welche Dienstleistungen für alle erbringen soll. Wenn ich Ihnen sage, was von Joe Hammel im Rahmen des Budgets alles beantwortet und bearbeitet, dann stehen Ihnen die Haare zu Berge. Das sind laufende Geschäfte und es ist Arbeit, die gemacht werden muss. Joe Hammel erbringt diese Arbeit und Andres Linder auch. Hier war ich der Meinung, dass es nicht unbedingt notwendig ist, dass es einen Entscheid des Gesamtgemeinderates braucht. Ich habe Robi gesagt, dass es in Ordnung ist, selbstverständlich in Absprache mit dem Gemeindeverwalter, wenn Andres Linder dort informiert. Drei Tage nach dieser Information waren wir im Gemeinderat und haben die ganze Präsentation dem Gesamtgemeinderat vorgestellt. Das war im Nachhinein, da hatte ich vielleicht das Gespür nicht ganz gehabt oder in eine andere Richtung. Nämlich in die Richtung, dass ich der Meinung bin, dass jeder auf der Gemeindeverwaltung dies machen muss, wenn Sie erwarten, dass Sie informiert werden. Politik ist Informationsbeschaffung. Das ist das, was Sie den ganzen Tag möchten. Jemand muss diese Informationen aufbereiten und rüberbringen. Das war hier Andres Linder, der dies nach bestem Wissen und Gewissen gemacht hat.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Danke für die Beantwortung. Ich weiss nicht, ob Kurt Kneier nachsetzt. Meine zweite Frage war, wenn dies intern ist und wenn der Gemeinderat informiert wurde, weshalb hat Robi Vogt dies nicht allein mit seiner Fraktion gemacht? Dass er sich die Informationen bei seinem Hauptabteilungsleiter beschafft, verstehe ich. Aber wenn es parteiintern ist, dann kann er dies auch alleine machen und seine Fraktion überzeugen. Mir geht es nicht um Herrn Linder. Er wurde aufgebeten und ich nehme ihn in Schutz, er macht dies sehr gut. Welche Prozesse laufen ab, wenn so etwas kommt? Und es geht mir um die Verhältnismässigkeit. Es geht nicht um eine kleine Auskunft oder wenn jemand Joe Hammel schreibt. Aber wenn es um eine so grosse Sache geht, dann muss ich aus meiner politischen Haltung sagen, dass hier Fronten aufeinander treffen. Das sind neoliberale Einflüsse, da sind Marktfundamentalisten am Werk. Ich habe auch mit Robi Vogt telefoniert und ihm das auch gesagt, dass die FDP offener und freisinniger wird und sich nicht marktfundamentalistisch weiter bewegt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Hier die kleine Antwort, weshalb ich dies nicht selber gemacht habe. Selbstverständlich habe ich das selber gemacht. Die Vorstufe war, dass ich in die Fraktion integriert wurde, ich bin Rede und Antwort gestanden. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass es nicht ausgelagert werden soll. Ich konnte nicht zu viele Argumente bringen. Deswegen fand ich es sinnvoll und angemessen, den Hauptabteilungsleiter beizuziehen.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Wir diskutieren jetzt sehr lange über dieses Thema. Für mich persönlich ist es nicht wichtig, ob Nicole und Robi dies im Alleingang gemacht haben und erst nachher den Gemeinderat informiert haben. Dafür ist der Gemeinderat selber zuständig, um zu sagen, wie sie sich gegenüber verhalten wollen. Ich finde es gut, dass man es angeschaut hat, es ist ein grosser Posten. Ich finde es einfach sehr schade, dass wir anderen vom Einwohnerrat nicht die gleichen Informationen erhalten und auf dem gleichen Stand sind. Dort stelle ich den Antrag, dass wir dies auch erhalten.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Selbstverständlich werde ich Andres Linder den Auftrag geben, wenn Sie das wünschen, dass diese Präsentation hier drin auch vorgetragen wird. Dann wissen Sie alle genau, was dort gesagt wurde. Es geht mir überhaupt nicht darum, etwas zu verheimlichen. Es ist wichtig, dass Sie diese Informationen erhalten. Vorerst bin ich davon ausgegangen, dass es eine Fraktion ist, die sich diesem Thema näher angenommen hat. Andi Bammatter, ich habe bis jetzt noch nicht herausgefunden, um was es wirklich geht. Ich wäre froh, dies irgendwann unter vier Augen zu erfahren. Ich bin sonst nicht so schwer von Begriff, aber ich habe es bis jetzt nicht begriffen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es ist nicht das Gleiche, wenn man innerhalb einer Budgetdebatte Budgetpostulate einreichen muss und Joe Hammel sich damit befassen muss. Es ist unser Auftrag, das Budget zu gestalten. Das ist nicht das Gleiche, wie wenn eine Fraktion sagt, ein Wind kommt von hinten, ich hätte gerne einen Vortrag dieses Windes von da hinten, wo nichts vorliegt. Wenn Informationen geflossen sind mit grösserem Aufwand, dann war es bisher mit einem Vorstoss zusammen. Das befremdet mich sehr fest, wenn man dies jetzt anders macht. Ich finde es unschön. Dass die Partei, die zu Recht sagt, dass man Kosten sparen soll, dann so viel Geld verursacht, ist unglaublich. Telefonate gehören dazu. Ich habe auch schon angerufen, habe eine Antwort erhalten und war zufrieden. Das ist aber nicht die Ausgangslage eines Vortrags. Herr Linder arbeitet pflichtbewusst, sauber und korrekt. Er nimmt die Sachen, die man ihm gibt, ernst und befasst sich damit. Das ist nicht in einer halben Stunde erledigt. Er arbeitet gut und er kann hier nichts dafür, ich möchte nicht, dass er an den Pranger gestellt wird. Die Situation liegt an einem anderen Ort. Die Partei muss sich hintersinnen, wenn sie vom Sparen spricht und dann so einen Apparat hat.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich sage jetzt nochmals etwas und hoffe, dass wir dann das Thema abschliessen können. An deine Adresse, Simon Zimmermann: Das war der Grund, weshalb wir diesen Weg gewählt haben. Es ging darum, dass wir keinen unnötigen Vorstoss entgegennehmen und bearbeiten müssen. Diesen zu bearbeiten, hätte wesentlich mehr Aufwand für die Verwaltung bedeutet. Wenn der Vorstoss gekommen wäre im Sinne eines Postulats oder einer Motion, dann hätten wir diesen bearbeiten müssen, inhouse mit Andres Linder oder extern. Das hätte viel mehr Geld gekostet als dieses Referat in der Fraktion, womit wir den Vorstoss verhindern konnten. Es war das Anliegen von mir und von Robi in diesem Sinne Kosten zu sparen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Florian hat das meiste mir aus dem Mund genommen. Die ganze Sache ist ein bisschen schal. Ich möchte die Partei nicht erwähnen, aber Andi hat vorher das Wort Observer gebraucht. Das kam aus der gleichen Partei, ein Gemeinderat wurde später nicht mehr gewählt. Robi sagt, dass mit solchen Aktionen die Informationen schneller in den Einwohnerrat kommen und es wird als Meinungsbeschaffung dargestellt. Wir haben Leute in der Verwaltung und die dürfe man einladen, wird gesagt. Wir haben sieben Fraktionen und viele Departemente. Ich glaube, die Leute auf der Verwaltung sind ziemlich flügge. Es wäre sicher ein Handicap, wenn das Usus wird. Wenn Informationen, dann bitte hier drin.

Dieter Pfister, Gemeindeverwalter: Erlauben sie mir ein paar Ausführungen zu diesem Thema. Weshalb hat die Verwaltung überhaupt mitgemacht? Das hat einen einfachen Grund. Ich danke Herrn Andres

Linder besonders dafür. Er hat den Schutz seiner Mitarbeiter wahrgenommen. Es geht nicht an, dass man bei einem wesentlichen Teil der Hauptabteilung über eine Auslagerung diskutiert. Unser Ziel war von Anfang an klar, der Bereich Werkhof arbeitet gut und wir hatten Grundlagen aufgrund eines Benchmarks von 2012 mit acht Gemeinden des Kantons Baselland und einer Stadtgemeinde. Genau dies hat man als Antwort für die Fragen, ob man auslagern soll und welchen Wert dies hat, präsentiert. Es wurde nichts erarbeitet, das Datenmaterial war vorhanden, Herr Linder hat es mit weiteren zehn Folien angereichert, und das war der ganze Aufwand, den Andres Linder hatte. Er hat mir den Vortrag gezeigt, ich habe ihn auch angeschaut und fand ihn gut. Unser Ziel war es, dass kein Postulat und keine Motion eingereicht wird und dies nicht öffentlich diskutiert wird. Wir wollten vorher diese Informationen aufzeigen und darlegen, dass der Werkhof gut arbeitet, und dass es am einen oder anderen Ort Potential gibt. Wir haben es als Dienstleistung angeschaut und so soll es verstanden werden. Was politisch diskutiert wird, überlassen wir der Politik. Für uns war es eine Dienstleistung, diese Informationen aufzuzeigen. Die Daten sind relativ alt, sie sind von 2012. Wir haben darüber diskutiert, ob die personellen Konsequenzen des Personalbesoldungsreglements aufgezeigt werden müssen, man kann nicht einfach nur auslagern. Das war der Hintergrund und zum Schutz der eigenen Mitarbeiter. Es wäre schlecht, wenn in aller Öffentlichkeit über die Abschaffung des ganzen Werkhofs diskutiert wird, ohne dass man vorher saubere Unterlagen hat. Das wollten wir verhindern. Es ist uns leider nun nicht gelungen, aber wir hoffen trotzdem, dass das Thema nicht wieder aufgegleist wird. Wir sind nach wie vor voll der Überzeugung, dass wir den Werkhof brauchen und dass es nicht günstiger kommt, wenn man ihn auslagert.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Alle Argumente liegen auf dem Tisch und diese Diskussion kostet Zeit und Sitzungsgeld. Ich stelle Antrag auf Diskussionsabbruch.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir stimmen über den Antrag auf Diskussionsabbruch ab.

://:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Ich stelle fest, dass die Interpellation abgeschlossen ist.

Wir kommen zur zweiten dringlichen Interpellation, Geschäft 4256, CVP Allschwil, Rolf Adam, Umfrage des Komitees für ein zukunftsorientiertes Allschwil zu Wohnqualität und Entwicklung.

Rolf Adam, CVP-Fraktion: Ich möchte nichts mehr dazu sagen und ich bin gespannt auf die Antworten.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Heute ist wohl der Abend der FDP.

Frage 1: Wer hat diese E-Mail versendet? Soweit ich weiss, waren das die FDP-Einwohnerratskandidatinnen und -kandidaten, die das zusammen gemacht haben.

Frage 2 kann ich nicht beantworten, die kann hoffentlich jemand von der FDP beantworten.

Frage 3 kann ich beantworten. Wusste die Gemeindeverwaltung über diese Umfrage Bescheid? Nein, wusste sie nicht.

Frage 4 kann ich nicht beantworten und ich würde gerne Andreas Bärtsch das Wort geben. Er wird diese Fragen beantworten können und dann wird Licht ins Dunkle kommen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Herr Adam, verlangen Sie Diskussion?

Rolf Adam, CVP-Fraktion: Ja.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich habe diese Umfrage verschickt in meiner Funktion als Wahlkampfleiter der FDP Allschwil. Die Idee für diese Umfrage ist in einem kleinen Team anfangs Jahr entstanden. Wir haben in der Freizeit ohne Steuergelder parteiintern zu viert ohne Wissen des Rests der Partei diese Umfrage ausgearbeitet. Die E-Mail-Adressen, die wir verwendet haben, kamen aus der Partei. Wir haben diese dort angefragt und erhalten. Wir haben in der Partei eine Adresskartei, die gepflegt und ergänzt wird. Dort drin hat es Daten, die man verwenden kann. Das ist ein ganz normaler Vorgang, das macht jede Partei. Das macht jedes Geschäft, Adressdaten verwalten. Welche Absichten

stecken dahinter? Wie es Frau Nüssli bereits gesagt hat, sind das Initiativkomitee die 20 Einwohnerratskandidaten. Welche Absicht dahinter steckt, muss ich glaub nicht weiter erläutern. Die 20 Einwohnerratskandidaten im Initiativkomitee hatten die Absicht, mit dieser Umfrage politische Arbeit zu betreiben. Fraktions- und Parteiarbeit sind auch bei anderen Parteien nicht öffentlich. Da kann man auch uns keinen Vorwurf machen, wenn wir gewisse Sachen nicht öffentlich machen. Politische Arbeit ist öffentlich. Es war nie die Absicht, die Umfrage anonym zu machen, so wie das vorher giftig bemerkt wurde. Anscheinend gab es in unserer Partei in alten Zeiten jemanden, der anonym Artikel geschrieben hat. Das war nie das Ziel. Ich habe am Sonntag, die Leute, die auf diese Mail-Adresse geschrieben haben, informiert, wer dahinter steht. Die haben das am Sonntagabend erfahren, gleichzeitig ging eine Pressemitteilung ans Allschwiler Wochenblatt raus, wo auch gesagt wurde, wer hinter dieser Umfrage steht. Die Absicht, dass wir die Umfrage anonym gemacht haben, war, dass wir eine ungefilterte Meinung wollten ohne die Brille einer Partei. Es ist normal, dass Umfragen anonym sind. Leider sind wir nicht so solvent, auch als FDP, damit wir uns eine externe Firma leisten können, die das anonym machen, darum haben wir das selber gemacht.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe die Umfrage auch erhalten und habe, weil sie anonym war, zurückgefragt, wer dahinter ist. Ich habe keine Antwort erhalten und habe sie nicht ausgefüllt. Nebenbei habe ich gedacht, ob der Einwohnerrat zu einem Schattenkabinettt wird. Die Fragen, welche in dieser Gruppe gestellt werden, von denen wir jetzt wissen, wer sie sind, sind Fragen, welche der Einwohnerrat diskutieren sollte. Die zweite Idee ist, dass man schauen sollte, ob man Synergien nutzen kann. Es gibt ein Sounding Board, welches eine ähnliche Aufgabe hat, nämlich den Gemeinderat zu beraten für die Entwicklung von Allschwil. Da kommen auch wieder diese Fragen vor. Ich empfehle zu überlegen, ob man mit dieser Gruppe, welche diese Fragen gestellt hat und nun auswertet, eine Koordination oder eine Kooperation machen könnte.

Rolf Adam, CVP-Fraktion: Zuerst danke Nicole für die Ausführungen. Auch danke auch Ihnen Herr Bärtsch. Ich habe noch eine Frage bezüglich der Adressen. Kollegen aus Aargau und Solothurn haben dies auch erhalten. Ich frage mich, woher diese Adressdatenbank kommt. Die haben nie in Allschwil gewohnt und sie sind auf mich zugekommen, weil sie nicht so glücklich waren. Wissen Sie darüber etwas Genaueres? Füttert die FDP eigenständig eine Adressdatenbank?

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Adressen kann man beschaffen, indem man im Telefonbuch nachschaut. Adressen kann man beschaffen, wenn man auf anderen öffentlichen Kanälen schaut, E-Mails, die offen verschickt werden. So funktioniert Adress-Beschaffung. Das ist nichts Falsches aus meiner Sicht. Vielleicht sehen das andere anders.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Zuerst danke für die Ausführungen, die gemacht wurden. Ich bin auch einer der glücklichen Empfänger dieses Mails. Ich habe es so gehandhabt, nachdem es anonym war, dass ich es umgehend in den Spam-Ordner verschoben habe und dem keine Beachtung mehr geschenkt. Grundsätzlich habe ich Verständnis dafür, wenn man sagt, dass Partei- oder Fraktionsarbeit nicht öffentlich ist und man dies nicht nach aussen kommunizieren muss. Wenn Umfragen gemacht werden, dann muss man sagen, wer dahinter steckt. Irgendein Komitee anzugeben, wo ich mich frage, ob es dieses Komitee überhaupt gibt und ob es die gesetzlichen Vorlagen für eine juristische Person erfüllt, finde ich problematisch. Wenn dann noch Mail-Adressen irgendwie beschafft werden, dann stellt sich die Frage, ob die Bestimmungen des Bundesdatenschutz-Gesetzes eingehalten werden etc. Da muss man aufpassen, man kann schnell in Teufels Küche kommen. Ich selber, grosszügig wie ich bin, bin geneigt zu sagen, dass dies Unerfahrenheit von politischen Anfängern war, wenn das Kandidaten waren, aber mit solchen Sachen muss man wirklich vorsichtig umgehen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich möchte auch in diese Richtung gehen. Ich glaube nicht, dass ich bei der FDP in der Parteikartei bin. Falls ich drin wäre, dann bitte ich darum, mich wieder zu löschen. Ich möchte in keinsten Art mit der FDP in Kontakt kommen. Ich finde es grenzwertig, wenn man dies so missbraucht. Ich bin wirklich nicht bei Ihnen in der Kartei. Ich verstehe es nicht, dass man dies so braucht. Es gibt andere, die wollen schon gar nichts mit Politik zu haben und die haben das auch erhalten. Da muss etwas gelaufen sein, was nicht ganz kosher ist.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Nach recht viel schmunzeln kann man unter dem Strich sagen, dass sie es nicht ungeschickt gemacht haben. Wir fragen die Leute, was ihnen wichtig ist, und was den meisten Konsens hat, nehmen wir als Wahlprogramm, so haben wir dann die meisten Stimmen. Oder sie haben gedacht, dass sie etwas machen, was die SVP schon lange macht. Sie machen etwas, womit man aneckt und hofft, dass ewig darüber diskutiert wird und dadurch hat man eine möglichst grosse Medienvielfalt. Vielleicht ist das noch schlauer, was sie machen. Um den Schaden zu beheben, könnte die FDP eine Liste machen und die Einwohnerräte können sich eintragen, die aus dieser Datei rauswollen. Und da sie die Mail-Adresse haben, könnten sie an alle eine Bestätigung schicken, dass sie draussen sind.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Ich frage mich langsam, ob ich beleidigt sein muss, weil ich keine Umfrage erhalten habe.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Ich finde es lustig, jetzt diskutieren wir wieder ewig darüber, dass zu viele Leute Informationen erhalten haben. Vorhin haben wir ewig darüber diskutiert, dass zu wenig Leute Informationen erhalten haben. Ich frage mich, was als nächstes kommt, ich freue mich schon darauf.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Eine Frage an Andreas. Du hast ein paar Mal das Wort Initiativkomitee gebraucht. Heisst das, ihr wollt etwas machen auf dem Papier und Unterschriften sammeln? Das verstehe ich unter einem Initiativkomitee. Ich habe gehört, dass ganz viele dies nicht erhalten haben, viele haben es in den Papierkorb verschoben. Ich habe dir zurückgeschrieben und gefragt, wer dahinter steht. Du hast du Antwort am Sonntag gegeben, allerdings zu spät. Du hast mir geschrieben, dass 30% von den Bögen zurückgekommen sind. 30% von wie vielen? War ich der einzige?

Roland Naef, fraktionslos: Ich frage mich, ob irgendwo eine versteckte Kamera ist. Ich weiss nicht, was heute Abend los ist. Wir diskutieren heute über Sachen, das ist unglaublich. Eine Partei hat mit einem anonymen Namen eine Umfrage gemacht. Das kann jeder. Hinterher kommt raus, dass das die FDP war, die noch Solothurner Adressen hat. Und jetzt? Ich finde das kein Thema, weder für mich noch für den Einwohnerrat. Die sollen das machen, dies auswerten und für den Wahlkampf verwenden. Jede Partei hier drin hat Adresskarteien und weiss, woher Adressen kommen. Wenn Sie einmal ein Referendum unterschrieben haben und die Mail-Adresse dazu schreiben, dann erhalten Sie garantiert bei den nächsten Wahlen einen Brief. Ich schlage vor, dass wir jetzt aufhören und zu den Traktanden übergehen, von denen wir heute noch keines behandelt haben.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich stelle fest, dass diese Interpellation abgeschlossen ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderats vom 21.10.2015, zum Postulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 10.09.2013, betreffend Anpassung der Richtlinien des Einwohnerrats über die Plakatierung vom 26. Februar 2003, 1. Lesung (mit Antrag auf nur eine Lesung)
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4153 / A

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Der Gemeinderat stellt den Antrag, dass es mit der ersten Lesung erledigt ist.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Wir möchten es gerne in einer Lesung machen, damit wir die Referendumsfrist, die Beschwerdefrist abwarten und es pünktlich in Kraft setzen können, damit es bereits für die Gemeindewahlen Gültigkeit hat. Es gibt die eine oder andere Änderung, welche massgeblich ist. Zum Beispiel, dass man nicht mehr plakatieren kann entlang der Strasse. Wenn Sie das möchten, dann

wäre es gut, wenn es auf die Gemeindewahlen hin bereits umgesetzt werden kann. Richtlinien und Regelungen zu Wahlen und Abstimmungen ist ein lustiger Name. Viel spannender ist, dass der Gemeinderat und der Einwohnerrat dies gemeinsam erlassen haben. Das ist ein Konstrukt, welches in unsere Gesetzeslandschaft nicht reinpasst. Nebst der Gemeindeordnung haben wir auf Gemeindeebene Reglemente, die der Einwohnerrat erlässt, und Verordnungen, die der Gemeinderat erlässt. Genau dorthin wollen wir es überführen, damit wir wieder geordnete Verhältnisse haben. Heute bitten wir Sie darum, dem veränderten Reglement zuzustimmen. Gleichzeitig haben wir bereits Parteien zur Vernehmlassung eingeladen, auch zur Verordnung. Die Parteien sind die Nutzer und Kunden dieser Dienstleistung, die hier die Gemeinde erbringt. Wir Sie aus unserer Berichterstattung sehen konnten, haben wir sehr viele Wünsche und Anregungen der Parteien berücksichtigt in diesem Verordnungsentwurf. Wenn heute keine gegenteiligen Vorschläge von Ihnen eingebracht werden, dann wäre der Gemeinderat gewillt, diese Verordnung im vorliegenden Wortlaut in Kraft zu setzen. Nebst dem, dass wir die Parteien angehört haben, haben wir uns auch darauf geachtet, dass es vom Aufwand her einem Rahmen entspricht, den die Verwaltung zeitlich und personell erfüllen kann. Wir mussten eine gute Abwägung machen zwischen den Bedürfnissen der Parteien für eine gute Information der Bevölkerung und der Umsetzbarkeit auf der Gemeinde. Weil wir bisher ein Konstrukt hatten, das vielleicht vor dem Richter nicht verhebt hätte, war der Gemeinderat in der Vergangenheit zurückhaltend mit der Durchsetzung, auch bei Aspekten, die noch verhebt hätten. Im bisherigen Artikel 10 Absatz 2 der Verordnung stand beispielsweise, dass es eine Absenderangabe haben muss. Wenn der Gemeinderat dies durchgesetzt hätte, dann hätte dies folgendes zur Folge gehabt. Sie sehen oben ein Bild der letzten Abstimmung, und unten ein Bild, wo zwei Plakate fehlen. Zwei Plakate hatten keine Absenderangabe. Bei allen anderen stand ganz klein Komitee, Ortschaft, und bei einem Plakat stand nichts. Noch viel schöner hat es die CVP gemacht, die hat gross geschrieben CVP Allschwil, dort wusste man, wo es herkommt. Was möchte ich damit sagen? Wenn Sie heute dem Reglement zustimmen und der Gemeinderat in der Folge die Verordnungsänderung vollzieht, dann beauftragen Sie uns gleichzeitig künftig nach diesem Reglement und dieser Verordnung zu arbeiten. Das hat Konsequenzen, dass Sie entsprechend Ihre Hausaufgaben machen müssen. Wenn Sie uns Flyer abliefern im falschen Format, dann erhalten Sie eine Rechnung über die Mehrkosten, oder es wird gar nicht verpackt, weil es sich nicht verpacken lässt. Wenn die abgelieferten Plakate die falsche Grösse haben, dann wird nicht plakatiert, und wenn es keinen Absender hat, dann auch nicht. Wir möchten davon wegkommen, dass wir uns irgendwie durchschlängeln. Wir möchten zurückkommen zu klaren Bestimmungen. Allen sind die Spielregeln bekannt, und man darf dann auch nicht böse sein, wenn die Verwaltung diese vollzieht. Der ursprüngliche Vorstoss der GLP/BDP sagt, dass eine Lücke bei den Richtlinien ausgenutzt wurde, deshalb haben sie einen Änderungsvorschlag gemacht. Gleichzeitig ist eine Vertreterin der FDP bei Telebasel vor die Kamera gestanden und hat gesagt, dass es unfair war, dass jemand mehr Plakatfläche zur Verfügung gestellt erhielt als andere. Wir sind auf diese Anregung eingegangen und haben dadurch die Regelungsdichte erhöht. Sie konnten in der Vernehmlassung lesen, dass dies nicht alle gut fanden. Weil wir die Regelungsdichte erhöht haben, sind wir jetzt gerechter und fairer geworden. Aber man muss sich bewusst sein, dass auch die neuen Regelungen einen gewissen Spielraum haben, wo man sich mit kreativen Tricks durchschlängeln kann. Eine Verwaltung kann nur nach dem Buchstaben prüfen, ob es korrekt ist oder nicht. Gegen Kreativität, wie wir dies auch bei der dringlichen Interpellation vorher diskutiert haben, können wir uns nicht wehren. Man wird auch künftig vielleicht das Gefühl haben, dass es unfair war. Aber das ist nicht das Thema. Das Thema ist, dass wir ein Reglement und eine Verordnung haben, welche das staatliche Handeln der Verwaltung definiert. Insofern ist der Gemeinderat jetzt gewillt, diese Regelungsdichte zu erhöhen, weil dies ein Wunsch von den Parteien war, hier präziser zu werden. Gleichzeitig ist der Gemeinderat davon überzeugt, dass wir diesbezüglich immer Diskussionen führen werden. Führen Sie diese Diskussionen der Fairness halber untereinander und nicht mit der Verwaltung. Wir haben Bestimmungen und werden uns daran halten. Die grosse Neuerung ist, und das finde ich toll, dass es am runden Tisch der Parteien so gewünscht wurde, dass wir uns vom wilden Plakatieren verabschieden. Zukünftig plakätieren wir an den Gemeindeständern. Wir haben auch geschaut, dass wir einen zusätzlichen guten Standort finden in einem Quartier, in dem wir bisher nichts hatten. Selbstverständlich darf jeder an seinem privaten Gartenhag weiterhin ein Plakat aufstellen und seine Meinung damit kundtun. Wir verabschieden uns von der Plakatierung entlang der Kandelaber, am Hag des Volleyballfeldes usw. Politische Plakatierung wird verboten. Was weiterhin an den ausgewählten Standorten möglich ist, sind Bekanntgebungen von Veranstaltungen, wie das bisher auch gestattet war. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, dass Sie dem Reglement zustimmen, damit der Gemeinderat die zuständige Verordnung auch in Kraft setzen kann.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wir haben doch abgemacht, dass nur noch an den dafür vorgesehenen Ständern plakatiert wird. Das heisst, bei den Säulen, wo man drauf kleben kann, und gewisse Organisationen haben eine grosse Wand, die sie aufstellen, aber nicht mehr wild. Das war die Meinung. Oder habe ich dich jetzt missverstanden?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Wenn du sagt „wir haben doch gesagt“, dann sprichst du den runden Tisch der Parteien an. Dort wurde unter anderem auch diese Meinung geäußert. Im Rahmen der Vernehmlassungsantworten wurden auch deutlich andere Zeichen gesetzt. Heute gilt, was hier drin steht. Hier drin steht im Verordnungsteil: Politische Werbung nur noch auf den Plakatständern oder auf privaten Grundstücken oder Gartenhag. Hingegen, und das sprichst du an, hat man es dabei belassen, dass für Veranstaltungen wie Männergesangsabend etc. an den auserwählten Standorten wie zum Beispiel am Lindenplatz und entlang des Volleyballfeldes Plakate angebracht werden können, aber nicht für politische Abstimmungs- und Wahlkampagnen.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion haben unsere Haltung bis heute unverändert beibehalten. Wir haben die Reglementsanpassung für unnötig befunden. Ich habe schon rote Backen und sie werden noch röter, selektiv zuhören kann man auch. Wenn man früher kreativ sein konnte, dann wird man es wahrscheinlich auch jetzt können. Mit dem gesunden Menschenverstand und Absprachen zwischen den Parteipräsidenten hätte es gereicht. Wir werden unsere Anträge bei der Lesung stellen.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Wenn wir uns schon die Mühe machen und ein neues Reglement ausarbeiten, dann möchte ich die Verwaltung anregen, ein Merkblatt auszuarbeiten und bei dieser Gelegenheit den ortsansässigen Vereinen und Gruppierungen zu geben. Diese sind teilweise auch sehr fleissig am Aufhängen in der Gemeinde. Es ist gut, wenn diese auch wissen, dass ein neues Reglement in Kraft tritt. In Form eines Merkblattes, welches für Organisationen, welche sich weniger mit Reglementen auseinandersetzen, ist dies einfacher und verständlich.

Roland Naef, fraktionslos: Gehen wir die einzelnen Kapitel durch oder diskutieren wir jetzt und stimmen am Schluss ab?

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir gehen nachher die Kapitel einzeln durch.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP/BDP begrüßen das neue Reglement und sind vor allem froh darüber, dass man dem Wildwuchs des Plakatierens einen Riegel schiebt. Damit können wir verhindern, dass es eine gewisse Politikverdrossenheit gibt bei den Stimmbürgern.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion hat die Thematik lange diskutiert, weil es eine drastische Verschärfung mit der Einführung des Reglements ist. Der ausschlaggebende Punkt ist derjenige des wilden Plakatierens. Dieses Jahr hat er bei den National- und Ständeratswahlen den Höhepunkt erreicht. Es wurde an der Laterne plakatiert, die nächsten haben es darunter geklebt. Je nach Strasse gingen die Plakate bis knapp unter die Lampe. Der Rekord war glaub sieben Plakate übereinander. Das ist Unsinn. Politikverdrossenheit, am letzten Sonntag hatten wir 22% Wahlbeteiligung, gibt es bereits schon. Wir hätten zwar etwas, was wir gerne ändern würden. Wir sehen aber davon ab, weil wir das schon ein paar Mal diskutiert haben wegen den hundert tausend verschiedenen Vorstößen und Änderungsanträgen. Die SVP-Fraktion wird zu diesem Punkt, wo sie einen Input hat, eine Empfehlung abgeben. Wir hoffen, dass Thomas Pfaff dies dann aufnimmt und umsetzt. Die Kantonalparteien sollten mit dem neuen Reglement informiert werden, die sind Weltmeister im Plakatieren.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Wir begrüßen das neue Reglement und vor allem finde ich genial, dass man gegen den Wildwuchs vorgeht. Die armen Kandelaber schämen sich ja zu leuchten über den vielen strahlenden Gesichtern. Es ist eines der wenigen Male, wo ein sogenannter Workshop oder ein runder Tisch wirklich einen Einfluss auf die Formulierung und den Inhalt eines zusammen erarbeiteten Werks hatte. Ich finde es genial, dass die einzelnen Fraktionen ihre Inputs geben konnten und diese auch berücksichtigt wurden.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Die einen sind froh, dass man es verschärft hat, die anderen würden es gerne liberalisieren, wie es bisher war, also ein bisschen Gummi drin. Ich habe eine Frage und einen

Antrag. Gibt es noch mehr Anträge auf Änderungen des Reglements als diejenigen der FDP? Wenn wir das heute in einer Lesung machen möchten, und es kommen ganz neue Ideen rein, dann stelle ich den Antrag, dass die Anträge ausgeteilt werden an die Fraktionen, damit wir das nächste Mal in einer zweiten Lesung dies machen können. Jetzt haben wir etwas Verschärftes, etwas Neues, und jetzt sollen wir in einer Viertelstunde dies machen. Gebt bitte die Änderungsanträge ab, dann können die Fraktionen dies vorbereiten, sich austauschen und wir finden sicher eine Lösung. In einer Lesung dies durchzuziehen, dünkt mich sehr unglücklich.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Das war ein Antrag, wir stimmen gerade über diesen Antrag ab. Können sie den Antrag nochmals wiederholen?

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich stelle den Antrag, dass die Änderungsanträge des vorliegenden Papiers an die Fraktionen ausgeteilt werden. Die Fraktionen haben dann Zeit, dies anzuschauen, die Fraktions- oder Parteipräsidien können sich austauschen und dann können wir das nächste Mal dies durchziehen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Sie machen also einen Antrag auf eine zweite Lesung, und Austauschen der Anträge, damit alle Fraktionen diese aufgelegt haben.

://:

Diesem Antrag wird mit 30 Ja, 1 Nein und 3 Enthaltungen zugestimmt.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Simon Maurer hat angeregt, dass es ein Merkblatt für Vereine gibt. Diesen Gedanken nehmen wir gerne auf, das ist sicher notwendig. Wenn sich etwas ändert, dann müssen die Vereine, die Veranstaltungen bewerben, Jugendverbände, die ihre Sommerlager bewerben, wissen, wo sie plakatieren dürfen und wo nicht. Selbstverständlich werden wir ein Merkblatt erstellen und den uns bekannten Vereinen in Allschwil zustellen. Florian Spiegel hat angeregt, dass man die Kantonalparteien informiert, das ist selbstverständlich auch vorgesehen, damit sie Kenntnis haben von den neuen Bestimmungen in Allschwil. Wir sind nicht die ersten, Aesch kennt es bereits, und dann gibt es noch eine zweite Gemeinde, wo man nicht beliebig plakatieren darf. Es ist nichts als anständig, dass wir informieren, weil wir für das Abräumen die Kosten in Rechnung stellen werden. Damit kein Missverständnis da ist, möchte ich nochmals etwas präzisieren. Der Einwohnerrat beschliesst das Reglement, das sehen Sie hier auf einer Seite. Der Gemeinderat beschliesst die Verordnung, das sind viele Seiten, wo die Details stehen. Im Reglement steht: Plakatieren darf man generell nicht an Gebäuden, also die Grundsätze. Sie werden nachher eine Lesung über das Reglement haben. Ihre Anregungen zur Verordnung nimmt der Gemeinderat gerne in der allgemeinen Beratung entgegen und hat dafür offene Ohren. Wir hoffen, dass der Prozess bereits abgeschlossen ist mit der Vernehmlassung, wo sämtliche Fraktionen und sämtliche Parteien eingeladen wurden. Sie konnten lesen, dass wir die Anregungen wohlwollend berücksichtigt haben.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Damit wir das richtig machen, was Jean-Jacques gesagt hat und seine Absicht durchführen, müssten jetzt noch zwei Anträge kommen. Die abschnittsweise Beratung sollten wir jetzt auf die zweite Lesung setzen. Und das andere, was ich auch als Antrag stelle, ist, dass nur die Fraktionspräsidenten zu den Vorstössen sprechen, ansonsten funktioniert es nicht. Das sind zwei Anträge, die ich stelle.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir stimmen über den ersten Antrag ab, nämlich die abschnittsweise Beratung des Reglements auf die zweite Lesung setzen.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Könnte man auch sagen Fraktionssprecher?

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich stelle mir generell die Frage, ob es richtig ist, dass man einzelnen Einwohnerräten einen Maulkorb verpassen möchte?

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich bleibe bei meinem Antrag mit dem Input von Jean-Jacques, also Fraktionssprecher, und mit Ausnahme für fraktionslose Angehörige.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir stimmen also über diesen Antrag ab.

//:

Dieser Antrag wird mit 22 Ja, 9 Nein und 1 Enthaltung angenommen.

Wir machen jetzt noch die Rednerliste fertig und dann ist die erste Lesung abgeschlossen.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Ich habe mein Votum gesagt und der Antrag kommt, den gebe ich ab.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte nur kurz sagen, dass die CVP-Fraktion dieser Änderung grundsätzlich zustimmt. Für uns ist es sehr wichtig, dass die notwendigen Sanktionen stattfinden für diejenigen, die sich nicht daran halten. Wenn ich Thomas Pfaff richtig verstanden habe, dann ist das auf gutem Wege. Er hat gesagt, dass man die Kosten den Verursachern in Rechnung stellen wird. Daraus schliesse ich, dass etwas gemacht wird, also die fehlerhaften Plakate abgehängt werden. Spontan denke ich, dass wir schauen sollten und Spitzfindigkeiten vorgreifen. Wenn eine Partei auf die Idee kommt, ein Plakat als Werbung für eine Wahlveranstaltungsveranstaltung aufzuhängen, dass dies dann nicht als Anlass gilt, sondern als politischer Aushang.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Es ist hier eine Diskussion im Gange. Es geht darum, dass wir beschlossen haben, es gibt keine abschnittsweise Beratung. Wir müssen aber eine Lesung machen, ansonsten ist es keine erste Lesung. Wenn wir das Reglement nicht lesen, dann ist es keine erste Lesung.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Eine erste Lesung ist das Durchlesen, dann kommen die Anträge. Beim zweiten Mal kommt die zweite Lesung mit den eingeflossenen Anträgen, danach ist die Sache gegessen. Jetzt muss der Antrag hierhin und dann müssen wir über diesen abstimmen und dann ist er beim nächsten Mal bereinigt. Das ist normalerweise die Vorgehensweise.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte einen pragmatischen Lösungsansatz vorschlagen. Wir können bestimmen, dass wir jetzt nach der generellen Beratung des Reglements die Detailberatung aufs nächste Mal verschieben und dann offiziell bei einer Lesung bleiben. Die Fraktionen können vorgängig über die Anträge vor der Detailberatung informiert werden. Dann haben wir glaub das, was wir hier drin wollen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich wollte das gleiche vorschlagen. Wir belassen es formell bei einer Lesung und unterbrechen diese jetzt. Bei der nächsten Gelegenheit setzen wir diese dann fort.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir stimmen über den Antrag von Frau Gürtler ab, dass wir das so machen.

//:

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Wir werden dies an der nächsten Sitzung besprechen und ich wünsche allen einen schönen Abend.

ENDE